

//BREMISCHER GEWERKSCHAFTSTAG AM 26.-27. OKTOBER 2016//

GT 15/2016

Beschluss

Bildung für Zugewanderte und Geflüchtete

Die Senatorin für Kinder und Bildung und der Dezernent für Schule und Kultur in Bremerhaven werden aufgefordert

- das Recht auf schulische Bildung für junge Geflüchtete und Zuwanderer auf mindestens 24 Lebensjahre zu erweitern
- die Teilnahme und den Verbleib in Sprachkursen und Vorklassen von den Sprachkenntnissen der Kinder und Jugendlichen abhängig zu machen,
- Vorkurse für alle Kinder und Jugendliche bedarfsdeckend einzurichten, danach muss Sprachförderunterricht weiterhin angeboten werden möglichst durch zusätzliche Fachkräfte im Regelunterricht integriert
- dafür Sorge zu tragen, dass Kinder und Jugendliche aus Vorklassen, bei denen ein umfassenderer sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt wird, auch in den Vorklassen sonderpädagogische Förderung erhalten,
- Beratung über alle möglichen Bildungswege und -institutionen mehrsprachig anzubieten
- die Anzahl der Alphabetisierungskurse deutlich zu erhöhen und dafür Sorge zu tragen, dass qualifizierte Kräfte in ihnen unterrichten
- das Angebot an Deutschkursen für alle Geflüchtete und Zuwanderer erheblich auszuweiten und kostenfreie Unterrichtsmaterialien zur Verfügung zu stellen.